

ANHANG

Resolution

Zur Finanzlage der Gemeinden

Die Delegierten des 28. Österreichischen Gemeindefestages stellen in Anbetracht der besorgniserregenden finanziellen Situation der Gemeinden fest, daß die vom Bundesministerium für Finanzen beim Abschluß des letzten Finanzausgleiches eingegangene Vereinbarung, bis Ende 1980 über die noch offen gebliebenen Punkte weiterzuverhandeln, nicht eingehalten wurde.

Die vom neuen Finanzminister eingeleiteten Gespräche in dieser Richtung werden positiv gewertet, sind aber in der gegenwärtigen Situation zu wenig zielführend.

Das Bundesministerium für Finanzen wird daher aufgefordert, die Verhandlungen über die finanzielle Absicherung der Gemeinden zügig fortzusetzen und zu einem für alle Verhandlungspartner befriedigenden Abschluß zu führen. Ebenso wenden sich die Delegierten des 28. Österreichischen Gemeindefestages gegen nachteilige finanzpolitische Maßnahmen des Bundes und der Länder, welche durch zusätzliche Belastungen und durch Verringerung der finanziellen Mittel den Gemeinden die Aufgabenerfüllung erschweren.

Diese Vorgangsweise widerspricht auch dem Prinzip der Gleichberechtigung der Verhandlungspartner, die den Finanzausgleich durch eine paktierte Vereinbarung abgeschlossen haben.

Zum Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds

Der Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds hat die in ihm gestellten Erwartungen nur teilweise erfüllt; die finanziellen Belastungen der Gemeinden und Gemeindeverbände sind verschiedentlich noch größer geworden, die Verwaltungsarbeiten ungleich schwieriger und vielfältiger als vor der Fondsgründung. Unbeschadet der vorgebrachten Einwendungen arbeitet der Österreichische Gemeindebund im Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds und in dessen Ausschüssen mit, fordert daher, daß umgehend Verhandlungen aufgenommen werden, die zu einer fühlbaren finanziellen und verwaltungsmäßigen Entlastung der Gemeinden führen.

Sollten diese Verhandlungen nicht positiv verlaufen, wird das Präsidium des Österreichischen Gemeindebundes aufgefordert, alle Vorarbeiten und Vorker-rungen für eine Kündigung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds zu treffen.

Zur Energieversorgung in den Gemeinden

Die Energieversorgung in den Gemeinden wird eine wichtige Aufgabe in den nächsten Jahrzehnten sein, wenn man Qualitätseinbußen in den Gemeinden verhindern will.